

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Für unerlangte eingekaufte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verlag: Robert Koenig in Berlin, Druck und Verlag von Rudolf Hoffmann in Berlin.

Orsova und Turnu Severin eingenommen.

Amstsch. Großes Hauptquartier, 24. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Armee des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg. Im Pyren- und Witschactee-Bogen lebte zeitweilig die Generalität auf.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Nördlich der Aare setzte nachmittags starkes Feuer ein, das auch auf das Südufer übergriff.

Mehrere Angriffe der Engländer erreichten nirgends unsere Stellung, meist brachen sie verlustreich schon im Speerfeuer zusammen.

Am 21. Pierre-Vaast-Walde und südlich der Somme bis in die Gegend von Chauvillers war bei guter Sicht der Artilleriekampf heftig.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Keine größeren Gefechtsabhandlungen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph. In der walachischen Ebene näherten sich die Truppen des Generals der Infanterie v. Falkenhahn dem Mt. Im Westzipfel Rumäniens ist der feindliche Widerstand gebrochen. Orsova und Turnu Severin sind eingenommen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Auf dem rechten Flügel der Dobruška-Front wurden russische Kräfte durch Verlust bulgarischer Truppen aus dem Vorgebirge unserer Stellungen zurückgeworfen. Auch an anderen Punkten der Armee besteht Gefechtsberührung.

An der Donau Kämpfe.

Mazedonische Front.

Zwischen Prespa-See und Gerna mehrfach starkes Artilleriefeuer. Zeitweise des Tages nordwestlich von Konakir und bei Malowo Scherren. Der Erste Generalquartiermeister. Rudendorff. (B. T. B.)

Groß-Berlin, Straßenbahn und Selbstverwaltung.

Von Professor Dr. Hugo Preuss.

Mitten im Weltkriege der heimische keine Straßenbahnkrieg — das ist freilich eine starke Zumutung für die Aufnahmefähigkeit der öffentlichen Meinung. Vielmehr hat dieser Umstand seine Rolle bei den kommunaldiplomatischen Erwägungen gespielt, die zu dieser Mobilmachung gerade jetzt geführt haben. Indessen wie bei dem größten, so will auch bei diesem kleinen Kriege keine Partei den Krieg gewollt haben; und wie im größten, so ist es auch im kleinsten ein Gebot nicht nur der Möglichkeit, sondern meist auch der politischen Klugheit, dem Gegner jedenfalls nicht den guten Glauben abzutreten. Der Grund des Konflikts mag dem auch hier weniger im Willen der einzelnen führenden Männer liegen, als in der Konstellation der Verhältnisse, wie sie sich seit längerer Zeit angebahnt hat. Was im großen Einreisungsgebiet heißt, das heißt hier im kleinen Verband Groß-Berlin. Und so entbehrt auch dieser Streit keineswegs einer Bedeutung, die recht erheblich über die Tariffragen hinausgeht; sein Kernpunkt liegt in einer für unsere innere politische Orientierung recht bedeutsamen Frage.

Dah ein Vertragsverhältnis zwischen Gemeinden und Erwerbsgesellschaften als Grundlage eines Verkehrsnetzes wie das Groß-Berlins völlig unzulänglich ist, das müssen die Erfahrungen nachher auch dem bewiesen haben. Dem allem war seinerzeit der Umwandlungsvertrag zwischen der Stadt Berlin und der Großen Straßenbahn in Kraft getreten, so viel letztere die Hilfe der öffentlichen Hand an sich zu dem eben von ihr selbst abgeschlossenen Vertrage nicht sehen konnte, und sie erreichte die vermittelnde Konzeptionsveränderung, die den jahrelangen Konflikt zwischen Stadt und Straßenbahn zur Folge hatte. Dem sollte der Friedensvertrag von 1911 endgültig ein Ende machen. Auf ihn war alle Freiheit juristischer Kunst verwandt, die bittende Lehre der jüngsten Vergangenheit verneintlich bezeugt; die bevorstehende Schaffung des Verbandes Groß-Berlin war ausgiebig berücksichtigt; haben doch letztere des Verbandsgelezes bei Abschluß der Verträge Gewalter gefunden. Und doch gehörte wahrlich keine Prophezeiung dazu, wenn wir Gegner des Vertrages innerhalb der städtischen Behörden damals schon der Meinung waren: ob er die alten Konflikte endgültig beseitigen werde, sei immerhin zweifelhaft; unweifelhaft aber sei, daß er die Quelle neuer Konflikte werden müßte. Der Grund dafür liegt nicht in dieser oder jener einzelnen Bestimmung des Vertrages, vielmehr eben in der Unmöglichkeit, die zukünftige Entwicklung des Verkehrsnetzes auf lange Zeit vertragsmäßig zwischen Gemeinde und Erwerbsgesellschaft geordnet zu regeln. Hier, mehr noch als überhaupt, kommt es anders, als man glaubt. Und die Erwerbsgesellschaft wird ihre Eigenart als solche bei einer ihr ungunstigen Entwicklung mit um so größerem Erfolge geltend machen, um sich den Vertragsbedingungen zu entziehen. Je größer das Unternehmen ist, und je zahlreichere „keine Aktionäre“ als rettende Schutzgelderer zitiert werden können. Die Stadt gerät dann in die besaunte Fänge zwischen Erwerbsgesellschaft und Staatsaufsicht. Dabei paßt die gesellschaftliche Grundlage, das Kleinabgelezes auf diese Verhältnisse wirklich wie die Faust auf das Auge; ein Gelezes, das das ganze Interesse der Gemeinde an ihren Straßenbahnen aus dem Gesichtswinkel der Wegunterhaltungspflicht betrachtet. Zu alledem kommt dann noch, unendlich erschwerend und verwirrend, die kommunale Zersplitterung Groß-Berlins, der gegenüber die Bahneinheit der „Großen“ beinahe eine höhere Form kommunaler Entwicklung darstellen könnte. Mit all den Gemeinden hatte sie sehr geschickt verschiedene Vorteile geschloffen und zu einem Konsortium verflochten, in dem sie sich jetzt freilich selbst ein wenig verheddert zu haben scheint.

Doch nun erfreuen wir uns in des Verbandes Groß-Berlin der jener Bahneinheit als kommunale Einheit gegenüberstehen soll. Und auch die Überzeugung von der Unhaltbarkeit der bisherigen vertragsmäßigen Grundlagen des Verkehrsnetzes in den Händen von Erwerbsgesellschaften scheint sich Bahn zu machen. Was kann im Sinne der hier betrachteten Angelegenheit natürlicher sein, als das Bestreben, das Groß-Berlin als Kleinabgelezes in der Hand des kommunalen Verbandes Groß-Berlin zu vereinigen? Wenigstens bei den alten Angehörigen der Kommunalverwaltung müßte doch die erste Anregung dieses großen Gedankens, sollte man meinen, lebhaftesten Anklang finden. Statt dessen erleben wir das Gegenteil, daß sie und gerade sie sich dieser Anregung einer scheinbaren Kommunalisierung größten Eitles sehr energisch widersetzen. Wie ist dieser scheinbare Widerspruch zu erklären?

Im Vordergrund der Erörterung stand bisher die Doppeltung jener Anregung mit der Tarifherabsetzung. Das letztere ist das Uebel, das vermieden werden muß, wenn es irgendwie vermieden werden kann, ist selbstverständlich. Die Frage, ob eine allgemeine Erhöhung des Einheitstarifs oder ein Staffeltarif das kleinere Uebel sei, bedarf keiner Erörterung mehr, da nach Lage der Dinge der Staffeltarif gegenstandslos geworden ist. Deshalb kann man jetzt auch auf den Nachweis verzichten, daß die Hauptinteressen gegen den

Ein Armeebefehl Falkenhayns.

Telegramm unseres Kriegsbürovertrages: Dr. Adolf Köster.

Armeebefehl Falkenhayns, 21. November. Der Oberbefehlshaber der Armee hat nach dem strengsten Kampftage in Rumänien folgenden Armeebefehl an seine Truppen erlassen:

„Wie nach den herrlichen Tagen, in denen eure Treue und Tapferkeit, Kameraden der 9. Armee, mit Gottes Hilfe die ebenbürtigen vom Feinde befreit hat, drängt es mich heute, euch für die Taten Dank und Anerkennung zu sagen, die ihr seitdem verrichtet habt. In seinen Grenzen, an denen der Rumäne der Vergeltung verweigert den Eintritt zu wehren strebt, ist er geschlagen: Tief stehen unsere Siegesschancen in der Walachei. Auf die Unüberwindlichkeit des breiten, unwegbaren Hochgebirges wälles im Vorhinter hatte er seine ganze Hoffnung gesetzt, nachdem ihn eine Ueberzahl auf feindlichem Boden nicht vor dem verdienten Schicksal geschützt hatte. — Jeder von uns weiß auch, welche aufopfernde Anstrengung und Pflichttreue des Einzelnen, welche zielstrebige, niemals schwankende Zusammenarbeit aller nötig war, um das Ziel zu erreichen. Schwer hat ihr wochenlang auf frostigen und felsigen Höhen in tief verschneiten Tälern, fast stets ohne Obdach, oft ohne Feuer, nicht selten viele Tage abgemühten von jeder Verbindung ringen müssen, aber keiner, auf den es ankam, hat

verlagt. Wo der Feind gebunden werden sollte, wurde er mit eisernem Griff gehalten; wo er gerührt werden sollte, ist er zerrissen worden, wo er geschlagen werden sollte, ist er ins Herz getroffen. Mit beschämtem Stolz dürft ihr auf solche Leistungen zurückblicken, mit froher und ruhiger Zuversicht den Aufgaben der Zukunft für das Wohl der Heimat entgegenzusehen.“

Der Oberbefehlshaber v. Falkenhayn.

Des russischen Ministerpräsidenten Stürmer.

Trepow zu seinem Nachfolger ernannt. Petersburg, 24. November. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Staatssekretär und Verkehmsminister Trepow ist zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Der bisherige Ministerpräsident und Minister des Aeußeren Stürmer wurde zum Oberkammerer des kaiserlichen Hofes unter Beibehaltung der Funktionen als Mitglied des Reichsrates ernannt.

Die abgelehnte Auslieferung des griechischen Kriegsmaterials.

(Telegramm unseres Korrespondenten.) Athen, 24. November. Aus Athen wird gemeldet: Die von Rumänien gestellte Forderung der Uebergabe des gesamten Kriegsmaterials schloß in sich 18 Batterien Feldartillerie, 16 Batterien Bergartillerie, 40 000 Mannlicher-Gewehre, 140 Maschinengewehre, 50 Motorfahrzeugwagen und eine bedeutende Munitionsmenge. Rumänien erklärte, daß dieses dem Kriegsmaterial, das seinerzeit den Deutschen und Bulgaren ausgeliefert worden sei, gleichkäme. Die griechische Regierung hat darauf geantwortet, daß die Entente bereits 191 moderne Geschütze in Griechenland weggenommen habe, während die den Deutschen und Bulgaren ausgelieferten Geschütze unverwendbar gewesen seien. Die Regierung betont weiter, daß die Genehmigung der Forderung eine feindliche Handlung gegen die Mittelmächte bedeute und überdies Griechenland außerstand setzen würde, sich zu verteidigen. Die Regierung lehne deshalb die Forderung ab.

Die Ernennung des Grafen Botho v. Wedel zum Botschafter in Wien.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gibt jetzt offiziell bekannt: Wie wir hören, ist der Graf Botho v. Wedel zum kaiserlichen Botschafter in außerordentlicher Mission in Wien ernannt worden.

Der türkische Heeresbericht.

Amstsch. Heeresbericht (verspätet eingetroffen). Auf der Front: Am rechten Flügel haben wir, abgesehen von unserem gestrigen Erfolge, noch an einer anderen Stelle unsere Front um 20 Kilometer vor. Gegenseitige Front: Wir warfen den Feind, der sich am 15. November unter dem Schutz von Maschinengewehren und Artillerie der Verteidigungslinie von G. N. Djera zu nähern versuchte, zurück.

Der frühere türkische Finanzminister, Schawid Pascha, ist gestern morgen zu finanziellen Verhandlungen in Berlin eingetroffen. Schawid Pascha, der sich seit Jahren mit Erfolg der Reform der türkischen Finanzen gewidmet hat, ist eine der ersten vorkriegs-jahrhundertlichen Kuratoren des uns verbundenen Reiches. Seine Persönlichkeit bietet die beste Gewähr für eine alle beteiligten Interessen befriedigende Erledigung seiner Aufgabe.



Orsova und Turnu Severin an der Donau.